

Für eine einheitliche marxistisch-leninistische Partei

Der Kampf des Genossen Wilhelm Pieck für die Einheit der Arbeiterklasse

Diejenigen Bürger unserer Republik, die Wilhelm Pieck nach als Präsidenten des 1. Arbeiter- und Bauern-Sinnes in der deutschen Geschichte miteinbringen, werden sich seiner Menschlichkeit, seiner großen menschlichen Wärme erinnern können. Das war seine zur Schau gestellte Menschlichkeit, mit der als Staatsrechtler kapitalistischer Staaten populär gemacht wurden, um über die Unmenschlichkeit des Systems hinwegzutäuschen. Die von Wilhelm Pieck ausgehende Menschlichkeit war eine Charaktereigenschaft, entsprungen aus seiner proletarischen Herkunft, seiner marxistisch-leninistischen Weltanschauung und seiner tiefen Verbundenheit mit der Arbeiterklasse und allen fortschrittlichen, demokratischen Menschen. Aber nicht nur wegen dieser Charaktereigenschaften war und bleibt er uns ein Vorbild. Er wurde deshalb zu einer aus der deutschen Geschichte nicht wegzudenkenden Persönlichkeit, weil er auf der Grundlage seines marxistisch-leninistischen Wissens die gesellschaftlichen Erfordernisse erkannte und sich für deren Realisierung einsetzte. In wenigen Wochen feiert wir das Ereignis, das Voraussetzung dafür war, damit auf deutschem Boden ein sozialistischer Staat entstehen konnte.

Mitbegründer der KPD

Am 21. 4. 1911 wiederholte sich zum 25. Male der Vereinigungsparteitag der KPD und SPD. Das besondere geschichtliche Verdienst W. Piecks besteht darin, daß er sich mit seiner ganzen Person, mit seiner ganzen Kraft für die Vereinigung von KPD und SPD und damit für die revolutionäre Einheit der deutschen Arbeiterklasse einsetzte. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Schaffung einer einzigen Partei der Arbeiterklasse war bei W. Pieck frühzeitig gereift. Wilhelm Pieck, Sohn eines Arbeiters, seit 1906 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, Mitarbeiter von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Clara Zetkin und Franz Mehring, gehörte damit zum revolutionären Kern der deutschen Arbeiterbewegung. 1918 wurde er zum Mitbegründer der KPD, der Partei, die sich im Kampf gegen Imperialismus und Opportunismus zu einer marxistisch-leninistischen Massenpartei entwickelte und den Grundstein dafür legte, daß die Einigung der Arbeiterklasse nach der Zerschlagung des Faschismus auf marxistisch-leninistischer Grundlage erfolgen konnte.

In der Weimarer Republik kämpfte Wilhelm Pieck an der Seite Ernst Thälmanns für die Verteidigung und Erweiterung der demokratischen Errungenschaften, gegen die Faschisierung und deren Urheber, die imperialistische Bourgeoisie. Wie sein Genosse in der KPD erkannte er, daß nur mit Hilfe der Einheit der Arbeiterklasse die imperialistische Bourgeoisie in Deutschland zu überwinden ist. Die Brüsseler Konferenz 1925, die die Revolutionäre schloß, schloß sich auf die Bedingungen Deutschlands als eines entwickelten imperialistischen Landes an. Die Brüsseler Konferenz klärte auch die wichtige Frage, wie dieses strategische Ziel realisiert werden konnte. Um die Kraft der Arbeiterklasse voll zur Wirkung zu bringen, war die Herstellung der Aktionseinheit zwischen KPD und SPD von entscheidender Bedeutung. Deshalb setzten in den Vorbergründen des gemeinsamen Kampfes solche Forderungen gestellt werden, in denen grundsätzliche Übereinstimmung bestand. Die Konferenz, die letzten Zweifel darüber ließ, daß die Sohle des Proletariats die Schaffung einer einheitlichen revolutionären Massenpartei der deutschen Arbeiterklasse erforderte, wie mit der Forderung nach der Aktionseinheit den Weg zur Überwindung der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung. Wilhelm Pieck, der im Auftrag des ZK der KPD das Referat und den Schlußwort an der Brüsseler Parteikonferenz hielt, hat in seinen Ausführungen hervorgehoben, daß die Aktionseinheit wiederum die Voraussetzung für den erforderlichen Zusammenschluß aller antifašistischen, demokratischen Kräfte in einer Volkspartei sei.¹⁾

Neuorientierung in Brüssel

In der Zeit des Faschismus mußte Wilhelm Pieck Deutschland verlassen. Als Mitglied der Auslandleitung der KPD trat er gemeinsam mit Walter Ulbricht in der Parteiführung der KPD ein. Die Neuorientierung der KPD erfolgte auf der Brüsseler Konferenz 1935. Sie bestand darin, nach dem Sturz des Faschismus eine antifaschistisch-demokratische Ordnung in Deutschland zu errichten. Damit wendete die KPD die von Lenin entwickelte Revolutionstheorie schloß sich auf die Bedingungen Deutschlands als eines entwickelten imperialistischen Landes an. Die Brüsseler Konferenz klärte auch die wichtige Frage, wie dieses strategische Ziel realisiert werden konnte. Um die Kraft der Arbeiterklasse voll zur Wirkung zu bringen, war die Herstellung der Aktionseinheit zwischen KPD und SPD von entscheidender Bedeutung. Deshalb setzten in den Vorbergründen des gemeinsamen Kampfes solche Forderungen gestellt werden, in denen grundsätzliche Übereinstimmung bestand. Die Konferenz, die letzten Zweifel darüber ließ, daß die Sohle des Proletariats die Schaffung einer einheitlichen revolutionären Massenpartei der deutschen Arbeiterklasse erforderte, wie mit der Forderung nach der Aktionseinheit den Weg zur Überwindung der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung. Wilhelm Pieck, der im Auftrag des ZK der KPD das Referat und den Schlußwort an der Brüsseler Parteikonferenz hielt, hat in seinen Ausführungen hervorgehoben, daß die Aktionseinheit wiederum die Voraussetzung für den erforderlichen Zusammenschluß aller antifašistischen, demokratischen Kräfte in einer Volkspartei sei.²⁾

Als Mitbegründer des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ im Jahre 1943 vertrat Wilhelm Pieck der von ihm auf der Brüsseler Konferenz begründeten antifaschistischen Einheits- und Volkspartei zu einem großen Erfolg. Das NKFD, das sich unter seiner Leitung formierte, war ein antifaschistisches Kampffrontorgan verschiedener Volksschichten, in dem die Arbeiterklasse unter der Führung der KPD die führende Rolle spielte. Mit dem NKFD war ein politisches und organisatorisches Zentrum der deutschen Antifaschisten geschaffen worden.

Nach der Zerschlagung des Faschismus in Deutschland durch die Sowjetarmee entstanden günstige Möglichkeiten, eine Wende in der deutschen Geschichte herbeizuführen.

Wilhelm Pieck sagte zu dieser Situation: „Dem deutschen Volk war die große Chance seiner Neugeburt als friedliche, demokratische, aber auch unabhängige und starke Nation gegeben. Es kam darauf an, ob die Massen der Arbeiter und Bauern es diesmal verstehen würden, Geschichte zu machen.“³⁾ Die KPD trat am 11. 8. 1945 mit einem Aufruf vor das deut-

sche Volk. Dieser Aufruf trug auch die Unterschrift von Wilhelm Pieck. Der Aufruf vom 11. 8. 1945 war die konsequente Anwendung der Erkenntnis der KPD, die sie in ihren Konferenzen von Brüssel (1935) und Bern (1936) und am 7. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (1937) gezogen hatte. Er orientierte auf die Lösung des Grundwiderspruchs zwischen der aggressiven Monopolbourgeoisie und den friedliebenden Volksmassen. Das strategische Ziel wurde in der Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung, in der die imperialistische Großbourgeoisie und die Junker von der Macht verdrängt völlig ausgeschaltet werden und in der die Arbeiterklasse im Bündnis mit der Bauernschaft, mitfeindliche Machtpositionen innehaben, besteht. Diese Zielsetzung machte die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten, die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien und die Schaffung eines Blockes aller antifaschistisch-demokratischen Parteien notwendig und möglich.

Mit diesem Programm wurde die KPD der Verantwortung gerecht, die nach der Zerschlagung des Faschismus vor ihr und der SPD stand, die historische Chance zu nutzen, und der Arbeiterklasse und allen demokratischen Kräften Ziel und Weg der notwendigen antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung zu zeigen. Auch der Zentralausschuß der SPD, der sich Anfang Mai 1945 in Berlin gebildet hatte und in seiner Mehrheit aus dem gemeinsamen Erfahrungen und Erkenntnissen hervorgegangen war, bekundete in seinem Aufruf vom 13. Juni 1945 die Bereitschaft, für eine antifaschistisch-demokratische Republik einzutreten und die Spaltung der Arbeiterbewegung zu überwinden. Diese Gemeinsamkeit in grundsätzlichen Fragen führte zur Vereinbarung des Zentralausschusses der SPD und des Zentralkomitees der KPD vom 19. Juni 1945, die die Richtung des gemeinsamen Kampfes festlegte. Mit diesem Abkommen wurde erstmalig in der deutschen Arbeiterbewegung eine beständige Übereinkunft zwischen KPD und SPD getroffen und die Möglichkeit geschaffen, auf dieser Ebene die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten zu verwirklichen. Warum war nach der Zerschlagung des Faschismus eine Periode der Aktionseinheit notwendig, obwohl in beiden Parteien ein großer Drang nach Einheit vorhanden war? Die Lösung der in Deutschland historisch herangereiften Aufgaben verlangte eine Arbeiterpartei, die frei war von verschiedenen, einander entgegen gesetzten Anschauungen und Strömungen. Es mußte eine Partei sein, die auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus einheitlich im Willen und im Handeln war. Demzufolge war die Bildung einer einheitlichen, revolutionären Arbeiterpartei, wie schon Marx und Engels nachwiesen, keine mechanische Zusammenfügung verschiedener Parteien der Arbeiterbewegung, sondern das Ergebnis eines länger andauernden Prozesses, in dessen Verlauf die bestehenden Meinungsverschiedenheiten gelöst und opportunistische Einflüsse zurückgedrängt und ausgeschaltet wurden. Es war deshalb eine Vorstufe erforderlich, die auf der Grundlage des Zusammengehens der beiden Arbeiterparteien die Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung ermöglichte und dazu beitrug, ideologische Fragen weitgehend zu klären.

Kampf gegen die Spalter

Im Herbst des Jahres 1943 herrschte ein scharfer Klassenkampf. Das äußerte sich zum Beispiel darin, daß die Leistungen der großen Konzerne im westlichen Teil Berlins unter dem Schutz der imperialistischen Besatzungsmächte ihre Tätigkeit wieder aufnehmen und begannen, ihre Pläne auch in die sowjetische Besatzungszone zu ziehen. In den übrigen Parteien traten verstärkt reaktionäre Kräfte auf, und in der SPD trübten opportunistische Kräfte, die bis hinein in den Zentralausschuß einfließen ließen, Unklarheiten und anfänglich dem Einheitskampf der Arbeiter zugewandene Kräfte machten. Anschließend an die Schumacher-Gruppe (Schumacher hatte in Hannover eine Plattform gegen den Zentralausschuß der SPD entwickelt und sammelte Gegner der Aktionseinheit um sich).

Diese opportunistischen Kräfte in der SPD und deren Führung versuchten die Aktionseinheit von innen her zu sprengen und führten einen organisierten Kampf gegen die Schaffung einer revolutionären marxistischen Einheitspartei.

Es wurde aber auch die Gefahr der Spaltung Deutschlands trotz der Unterstützung der Westmächte im Potsdamer Abkommen, die Einheit Deutschlands zu wahren. In Westdeutschland traten der Federalismus und Partikularismus auf und begannen in allen Schattierungen zu blühen. Die Kräfte, die heute unter dem Deckmantel der Wahrung der angeblichen Einheit der Nation die Herstellung der Beziehungen der friedlichen Koexistenz zwischen der DDR und der BRD ablehnen, unterstehen bereits 1945 alles, um mit Hilfe der Spaltung Deutschlands ihre Klassenexistenz zu erhalten, so daß sich nur die DDR zum sozialistischen deutschen Nationalstaat entwickelte. Die Arbeiterklasse wurde erneut zum Führer der nationalen Bewegung des deutschen Volkes.

Dazu mußte sie die Spaltung in den eigenen Reihen überwinden, um zur einheitlichen Kraft im Kampf aller Patrioten um die Rettung und demokratische Erneuerung der Nation zu werden.

Die KPD verstärkte in dieser Situation ihre Bemühungen, um die Vereinigung von KPD und SPD, die dringend notwendig, aber auch möglich wurde. Wilhelm Pieck, Vorsitzender der KPD seit 1935, setzte sich in dieser Zeit mit ganzer Kraft seiner Persönlichkeit für die beständige Schaffung der Einheit der Arbeiterklasse ein. Die Worte, die er an die Arbeiter und Angestellten der Hanagwerke in Leipzig und an die Betriebsräte anderer Leipziger Betriebe im Dezember 1945 richtete, drücken seine ganze Verantwortung aus, die er sich gegenüber der Arbeiterklasse auferlegt hatte. Er sagte: „Jetzt, in diesen Monaten, entscheidet sich das Geschick Deutschlands. Hier liegt die große Verantwortung bei den beiden Parteien und bei den Gewerkschaften. Weil die Lage



so ernst ist, fordern wir jetzt mit allem Nachdruck, daß sich Kommunisten und Sozialdemokraten einmütig mit der Frage beschäftigen, den Versuch bestreiten, wenn sie sich zu einer einheitlichen deutschen Arbeiterpartei zusammenschließen wollen. Wir wollen, wenn Wahlen stattfinden werden, in diese Wahlen als eine einheitliche Kraft gehen, nicht gegeneinander, sondern miteinander.“⁴⁾

Einheitliche Arbeiterpartei wird Wirklichkeit

Im Frühjahr 1946 wurde die Vereinigung der KPD und SPD, vorbereitet durch die Aktionseinheit, möglich. Im gemeinsamen Kampf um den Aufbau demokratischer Selbstverwaltungsorgane, bei der Bodenreform und der Enteignung von Kriegsverbrechern und aktiven Nazis aus den Betrieben und um das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter kamen Kommunisten und Sozialdemokraten einander näher. Der demokratische Neuaufbau, an dem sie gemeinsam teilnahmen, erforderte zwangsläufig die Fragen, besonders die Frage der Macht, in den Mittelpunkt, in denen es bisher die größten Meinungsverschiedenheiten gegeben hatte. Beim Aufbau demokratischer Selbstverwaltungsorgane gelang es, viele noch vorhandene reformistische Einflüsse zu überwinden und immer größere Klarheit darüber zu schaffen, daß die Demokratie eine Machtfrage ist. In den gemeinsamen Aktionen wurde der Reformismus, der in der deutschen Arbeiterbewegung besonders tiefe Wurzeln geschlagen hatte, als Hemmnis für die Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse zurückgedrängt und schließlich überwunden. Am 21. und 22. April 1946 wurde ein lang ersehntes Ziel erfüllt, die Vereinigung von KPD und SPD wurde vollzogen. Zur Bedeutung dieses Ereignisses sagte Wilhelm Pieck auf dem Vereinigungsparteitag: „Die Überwindung der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zur sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist ein Ereignis von großer historischer Bedeutung für die deutsche Arbeiterbewegung, aber auch für unser Volk. Wir bereiten den jahrzehntelangen Neiderrück in der sozialistischen Arbeiterbewegung ein Ende und stellen damit die Einheit wieder her. Wir schaffen durch sie die große Kraft, die es der Arbeiterklasse möglich macht, die Führung unseres Volkes beim Wiederaufbau Deutschlands, bei der Entfaltung einer wahrhaft kämpferischen Demokratie, bei der Schaffung von Demokratie im deutschen Volk zur Sicherung des Friedens und bei der Vorbereitung und Verwirklichung des Sozialismus zu übernehmen.“⁵⁾

Der Zusammenschluß der beiden deutschen Arbeiterparteien wurde mit dem symbolischen Händedruck der beiden neu gewählten Vorsitzenden der SED, Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, besiegelt. Wenige Wochen vor dem 23. Jahrestag der Gründung der SED haben wir besondere Verantwortung, Wilhelm Piecks jahrzehntelangen Wirken für die Einheit der Arbeiterklasse auf revolutionärer Grundlage zu würdigen und seiner Person in Verehrung zu gedenken und in seinem Sinne zu handeln.

I. Eberl, Sektion Marxismus-Leninismus

Literaturangaben:

- 1) Wilhelm Pieck: „Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur“, Dietz Verlag Berlin, Seite 118.
- 2) Wilhelm Pieck: „Reden und Aufsätze“, Dietz Verlag Berlin, Band 2, S. 385.
- 3) Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv, Nr. 36/25-26.
- 4) Protokoll des Vereinigungsparteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) am 21. und 22. April 1946 in Berlin, Berlin 1946.

Die Materialökonomie erhöhen!

Das 14. Plenum des Zentralkomitees der SED nutzt die gesamten Materialökonomie der Technik im Hochschullehrer Karl-Marx-Stadt im Frühjahr 1971 bei der Durchsetzung unserer Aufgaben in Lehre und Forschung neue Maßstäbe. Der Volkswirtschaftsplan 1971 stellt uns vor die Aufgabe, die DDR allseitig zu stärken, die Volkswirtschaft planmäßig und proportional zu entwickeln und die ökonomischen Gesetze des Sozialismus zum Wohl der Werktätigen bewußt und schöpferisch anzuwenden. Es liegt an jedem einzelnen Mitarbeiter der TH, bewußt einen Beitrag dazu zu leisten; ganz gleich, ob Wissenschaftler, Angestellter oder Student. Das ökonomische System wird 1971 konsequent weitergeführt. Es gilt, die Effektivitätsentwicklung zu steigern und auf allen Ebenen zur Grundlage einer von hohem Verantwortungsbewußtsein getragener Eigeninitiative zu machen.

Materielle und finanzielle Fonds effektiver nutzen

Eine entscheidende Forderung des 14. Plenums ist die Steigerung des Nationalinkommens um 4,9 Prozent gegenüber dem Planjahr 1970.

Die Verwirklichung dieser Fortsetzung gilt nicht nur für die Industrie. Sie gilt auch für das gesamte Bildungswesen. Dem Plan 1971 liegt ein den perspektivischen Erfordernissen entsprechendes Tempo der Entwicklung von Wissenschaft, Technik und Bildung zugrunde. Das sind zu einem bedeutenden Teil Investitionen für die Zukunft, die hohe Ergebnisse bringen sollen. Damit wird den gesamten Hoch- und Fachschulwesen ein beträchtlicher Teil des geplanten Nationalinkommens zur Verfügung gestellt. Daraus erwächst für jeden Lehrer und Hochschüler die Verpflichtung, größte Sorgfalt und Sparsamkeit beim Umgang mit diesen Mitteln walten zu lassen. Es muß an unserer Einrichtung ein konsequenter Kampf um eine optimale Nutzung der vorhandenen Grundmittel und für den effektivsten Einsatz aller materiellen und finanziellen Fonds geführt werden. Mit dieser Aufgabenstellung an unserer Einrichtung verknüpfen wir Teilaspekte der wissenschaftlichen Führungstätigkeit, ohne die auch die geplanten Ergebnisse in Lehre und Forschung nicht erreicht werden können.

- In allen Bereichen muß gewährleistet werden, daß
- die vorhandenen Grundmittel optimal ausgenutzt werden,
- vorhandene hochwertige Grundmittel im Zweckbestimmten zentral genutzt werden,
- veraltete Grundmittel ausgemerzt werden,
- bei Bedarfsmeldung neuer hochwertiger Grundmittel das Prinzip größter Sparsamkeit angewendet wird,
- ein exakter Nachweis über Nutzereffekt und Auslastungsgrad des besetzten Grundmittels geführt wird und
- bei der Ausschaffung von Großgeräten eine volle Nutzung gewährleistet wird.

Überhöhte Materialvorräte

Wie ist aber die gegenwärtige Situation der Materialbeschaffung und Materiallagerung von Verbrauchsmaterialien bei uns?

Wir müssen selbstkritisch einschätzen, daß die meisten Bereiche Materialien über die üblichen Verbrauchsnormen bevorzugen. Der entscheidende Schwerpunkt der überplanmäßigen Bevorzugung liegt bei allen einschlägigen Sortimenten

des Schweiß- und NE-Metalle in verschiedenen Einrichtungen unserer Hochschule. Es lagern teilweise noch Dutzende Tonnen Schwarzmetall ungenutzt im Freigebäude der einzelnen Hochschullehrer, die durch existenzielle Beschwerden in der ursprünglichen Form nicht mehr verwendet werden können. Wir können es uns nicht leisten, dieses hochwertige Material zu verschrotten. Um dieses volkswirtschaftlich wertvolle Material doch noch seiner Verwendung zuzuführen, wird es gegenwärtig abtransportiert, um es umformen zu lassen. Die dabei entstehenden Kosten bedeuten einen Verlust, der bei einer sinnvollen Planung vermeidbar gewesen wäre.

Exakt planen

Ausgangspunkt einer effektiven Materialökonomie für Schwarz- und NE-Metalle ist eine exakte Planung aller Einrichtungen. Die Abteilung Materialwirtschaft ist dem Rat der Stadt für die Beschaffung und Verwendung quartalsmäßig abrechnungspflichtig.

Genosse W. Stoph, weist ausdrücklich in seinen Ausführungen des 14. Plenums auf die effektivste Verwendung von Werkstoffen und Materialien hin. Es muß unser aller Anliegen sein, jeglicher Verschwendung des Kampfes anzuhängen und Verwendung von Material davon abgesehen, mit niedrigstem Einsatz und geringstem Aufwand an Material hohe Ergebnisse in Forschungsaufgaben und Entwicklungsaufgaben sowie in der Ausbildung zu erzielen. Das ist eine Grundforderung sozialistischen Planungs und Leitens.

Die systematische Steigerung der Effektivität und Arbeitsproduktivität erfordert die optimale Nutzung der volkswirtschaftlichen Sekundärrohstoffbasis. Daraus erwächst für unsere Einrichtung die Verpflichtung, künftig vor allem den bestehenden Schrott kontinuierlich zu erfassen und der Metallabfertigung zuzuführen. Die Rohstoffgrundlage für die Stahlherstellung in der DDR bildet zu über 70 Prozent der Schrott. Diese Tatsache beweist eindeutig, wie wichtig die ordnungsgemäße Erfassung des anfallenden Schweiß- und NE-Metallschrottes ist. Ein Fakt, dem bisher zu wenig Beachtung an unserer Einrichtung geschenkt wurde.

Im Interesse der Erfüllung der Gesamtaufgaben der Hochschule muß jeder Leiter in Zukunft der Materialwirtschaft unbedingt mehr Aufmerksamkeit schenken.

Gerda Kramer
Abt. Lit. im Direktorat für Planung und Ökonomie

Nachbemerkung der Redaktion

Die Probleme der Materialökonomie sind insgesamt weit umfassender als in diesem Beitrag dargestellt, geht es doch nicht allein um die Einsparung und den sparsamen Umgang mit Material schlechthin (obwohl auch dieser Seite große Bedeutung zukommt), sondern es gilt dort Material zu sparen, wie Genosse Gerhard Schürer auf der 18. Tagung der Volkskammer zum Ausdruck brachte, wo über den Materialverbrauch hauptsächlich entschieden wird — in der Forschung und Entwicklung sowie in der Konstruktions- und Projektionsbereiche. In unserem Beitrag werden nur Teilaspekte der Materialökonomie behandelt. Deshalb fordern wir dazu auf, in weiteren Beiträgen aus den verschiedenen Bereichen der Hochschule darüber zu berichten, wie zu einem rationalen Materialeinsatz beigetragen wird.